

Sehnsucht nach Unabhängigkeit

Die albanische Mehrheitsbevölkerung des Kosovo sehnt sich nach einer Lösung der Statusfrage. Die Unabhängigkeit allein wird die Probleme der Konflikt-Region aber keineswegs lösen. **Von Gregor Stuhlpfarrer**

Die formell zum Staat Serbien gehörende Provinz Kosovo steht seit nunmehr acht Jahren unter der Verwaltung der Vereinten Nationen. Knapp zwei Millionen Menschen leben in der Region unter der Patronanz der Internationalen Gemeinschaft. Die Präsenz der internationalen Truppen und Polizeikräfte macht den ungelösten Status des Kosovo augenscheinlich. Die albanische Bevölkerung des Kosovo – in etwa 88 Prozent der Gesamtbevölkerung – verspürt vor diesem Hintergrund vor allem eines: Sehnsucht nach Unabhängigkeit. Die Erfüllung der Hoffnung auf „friedliche und normale Lebensbedingungen für alle EinwohnerInnen des Kosovo“¹ wird von albanischer Seite seit Jahren mit der Erlangung der Unabhängigkeit gleichgesetzt. Die Unabhängigkeit des Kosovo wird im Jahr 2008 Realität werden, doch entgegen dem Optimismus der albanischen Bevölkerungsmehrheit hätte ein unabhängiges Kosovo zweifelsfrei mit Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen: Die angedrohten Wirtschaftssanktionen Belgrads sowie sein völkerrechtlich umstrittener Status werden den Schritt des Kosovo hin zu einem unabhängigen Staat erschweren.

Für die im Kosovo lebenden SerbInnen – in etwa 7 Prozent der Gesamtbevölkerung – ist ein unabhängiges Kosovo freilich keine Zukunftsperspektive, nach der man sich sehnt. Sie leben zum Großteil im Norden und in kleineren Enklaven, die über die gesamte Provinz verstreut sind. In der Stadt Kosovska Mitrovica unterstützt Belgrad die serbische Bevölkerung bis heute. Es gibt eigenständige Behörden, eigene Schulen, Krankenhäuser und Gerichte; Belgrad stellt Führerscheine, Pässe und Autokennzeichen aus und finanziert Pensionen und Gehälter. Diese Parallelstrukturen innerhalb der mehrheitlich von SerbInnen bewohnten Gebiete des Kosovo sichern Belgrad Einflussnahme. Dem entgegen würde ein unabhängiges Kosovo die serbische Bevölkerung gänzlich aus dem Wirkungsbereich Belgrads manövrieren, so die Befürchtung vieler SerbInnen – Belgrad hätte als dominanter Pol abgedankt, vielmehr müsste man sich dem Diktat Pristinas und damit dem Diktat der kosovo-albanischen Mehrheitsbevölkerung beugen.

Neben sozial-ethnischen Problemen hätte ein unabhängiges Kosovo vor allem mit völkerrechtlichen sowie wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Die von Belgrad angedrohten Wirtschaftssanktionen hätten nachhaltige Auswirkungen auf die gesamte Ökonomie. Neben dem Anteil der serbischen

Auslandsschulden, den der neue Staat zu übernehmen hätte, würde eine Wirtschaftsblockade Serbiens gegenüber dem Kosovo weit reichende Konsequenzen nach sich ziehen. Die ohnedies katastrophale Lage der kosovarischen Wirtschaft würde sich durch den Wegfall der bis dato sehr intensiven Handelsbeziehungen weiter verschlechtern. Ob die Finanzspritzen der Europäischen Union ausreichen, um beispielsweise die desolate Stromversorgung zu verbessern, bleibt abzuwarten.

Zudem bliebe der völkerrechtliche Status des Kosovo trotz Rückendeckung der USA sowie der EU umstritten. Nachdem eine Entscheidung des UNO-Sicherheitsrats aufgrund der russischen Unterstützung für Belgrad blockiert ist, scheint eine Umgehung der UNO unausweichlich. Eine einseitig erklärte Unabhängigkeit des Kosovo wird von VölkerrechtlerInnen daher auch als eine Lösung kritisiert, die am Völkerrecht vorbeizieht.

Bleibt die Frage des Miteinanders der Ethnien im Kosovo. Das Vertrauen in die jeweils andere ethnische Bevölkerungsgruppe ist enden wollend. Kosovska Mitrovica ist Sinnbild für den ungelösten ethnischen Konflikt des Kosovo, die Brücke der Stadt Symbol der Teilung eben dieser und Brennpunkt des Konflikts zwischen SerbInnen und AlbanerInnen. Seit Kriegsende ist die Stadt ethnisch entzweit. 15.000 SerbInnen leben nördlich des Flusses Iber, 70.000 AlbanerInnen im Süden. Der Norden erhält Geld und Infrastruktur aus Belgrad, der Süden orientiert sich an Pristina. Das Resultat sind zwei autarke Lebenssphären.

Kosovska Mitrovica war auch Ausgangspunkt für die schwersten Unruhen in der Provinz seit Kriegsende. Im März 2004 eskalierte die Situation, nachdem zwei kosovo-albanische Kinder im Fluss Iber ertranken und via Fernsehen und Radio die Meldung verbreitet wurde, die beiden Kinder wären von serbischen Jugendlichen mit Hunden in den Fluss gehetzt worden.² Die Gewalt schwappte ohne Verzögerung auf das ganze Kosovo über: Gewalttätige Auseinandersetzungen, Straßenschlachten in Kosovska Mitrovica und Übergriffe der kosovo-albanischen Mehrheitsbevölkerung auf die serbische Minderheitsbevölkerung, sowie auf Roma und Ashkali waren die Folge. Nach Angaben der Vereinten Nationen kamen am 18. und 19. März 2004 19 Menschen ums Leben, 900 ZivilistInnen wurden verletzt.



© Stuhlpfarrer

Ohne Zweifel wird das Kosovo eine – wie auch immer geartete Form – der Unabhängigkeit erlangen. Ob die Grenzen der Konflikt-Region dann noch die gleiche Ausdehnung haben werden, ist seit Sommer 2007 ebenfalls nicht mehr kategorisch auszuschließen. Wolfgang Ischinger, EU-Vermittler der von der UNO eingesetzten Verhandlungs-Troika, brach im August letzten Jahres ein Tabu, indem er die Teilung des Kosovo entlang ethnischer Linie als gangbaren Weg für die Troika bezeichnete – gesetzt den Fall, beide Verhandlungsseiten gehen damit d'accord. Doch auch diese Möglichkeit wird langfristig wohl wenige Probleme lösen, die wirtschaftliche sowie die soziale Schieflage der BewohnerInnen des Kosovo wird sich nicht in Luft auflösen und auf einer diplomatischen Ebene käme ein solches Ergebnis einer Bankrotterklärung der internationalen Staatengemeinschaft vor dem selbst angepeilten multiethnischen Prinzip gleich. Die Sehnsucht nach Unabhängigkeit wird daher wohl eher abgelöst, denn nachhaltig verdrängt werden.

¹ Dieses Zitat findet sich in der Präambel der UN Sicherheits-Resolution 1244, die die völkerrechtliche Grundlage für die Einrichtung der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo bildet.

² Die Untersuchung dieses Vorfalles durch die internationale Gemeinschaft sowie einen angesehenen kosovo-albanischen Richter konnte nicht klären, wie die Kinder in den Fluss geraten sind, wenngleich festgestellt wurde, dass sich zum Tatzeitpunkt nachweislich keine serbischen Jugendlichen in der fraglichen Gegend aufhielten.

Weiterführende Literatur:

Vedran Dzihic/Helmut Kramer: *Die Kosovo Bilanz – Scheitert die internationale Gemeinschaft?* Wien 2005.

Wolfgang Petritsch/Karl Kaser/Robert Pichler: *Kosovo/Kosova. Mythen, Daten, Fakten.* Klagenfurt 1999.

Gregor Stuhlpfarrer/David Kriegleder: *Über der Brücke lebt der Feind,* in: *Die Furche*, Nr. 1 2008. Wien 2008.

Vedran Dzihic/Helmut Kramer: *Keine EU-Antwort auf die Krisen am Balkan,* in: *Die Furche*, Nr. 1 2008. Wien 2008.



© Schuchlautz

Mag. Gregor Immanuel Stuhlpfarrer, geb. 1980, studierte Geschichte, Theologie und Soziologie in Graz und Zagreb. Diplomarbeit am Institut für Geschichte, Abteilung für Südosteuropäische Geschichte der Universität Graz; derzeit Referent für Öffentlichkeitsarbeit in der Jugendnotschlafstelle Schlupfhaus der Caritas, Graz.